Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1874

22.5.1874 (No. 118)

Visual Library

Badischer Beobachter.

Büreau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

No. 118. | Erscheint täglich (Montag ausgen.) Preis 1 fl. 24 kr., durch die Post bezogen 1 fl. 58 kr. vierteljährlich. | Freitag 22. Mai | Insertionsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 Kreuzer. | 1874.

☞ Für den Monat Juni nehmen alle Postanstalten und Postboten Bestellungen auf unser Blatt entgegen.

* Zur Genesis der zweiten Theilung Polens von Alfr. v Vivenot (Wien 1874)

lautet die Ueberschrift einer als Ergänzungsheft zum zweiten Band der „Quellen zur Geschichte der deutschen Kaiserpolitik Oesterreichs während der französischen Revolutionskriege" soeben erschienenen Broschüre. Sie ist gerade in der Jetztzeit sehr interessant, denn sie beweist abermals, daß Oesterreich alle Ursache hat, bezüglich einer Allianz mit Preußen sehr behutsam zu sein. Kaiser Joseph II. hatte vielfältig durch die That bewiesen, daß ihm die Freundschaft mit Rußland am Herzen lag und so kam es denn, daß Kaiserin Katharina in dem Maße, als sie mit der österreichischen Politik sympathisirte, für Preußen erkaltete. Nun war aber das langjährige Bestreben des großen österreichischen Staatskanzlers Kaunitz dahin gerichtet, den Vergrößerungsgelüsten Preußens und Rußlands in Polen vorzubeugen, und er brachte es auch in der That dahin, die russische Regierung gegen eine neue Theilung Polens zu stimmen. Allein hinter seinem Rücken hatten zwei österreichische Diplomaten, der Graf Ph. Cobenzl und Frhr. v. Spielmann den preußischen Vorschlägen Gehör geschenkt, die dahin gingen, daß, während Preußen einen Gebietszuwachs in Polen erhalten solle, Oesterreich gegen die Niederlande mit Baiern entschädigt werde. Kaunitz erhob gegen dieses Projekt seinen Warnungsruf und dankte, als er sah, daß sein Rath nicht beachtet wurde, sofort ab. Cobenzl trat an seine Stelle und nun war es dem preußischen Cabinet ein leichtes Spiel, die Kaiserin Katharina gegen Oesterreich umzustimmen, welches unbegreiflicherweise zuerst hinter ihrem Rücken das fragliche Projekt mit Preußen geplant und dann ganz offen auch bei Rußland für die Vergrößerung Preußens in Polen hingewirkt hatte. Die zweite Theilung erfolgte zwischen Rußland und Preußen; Oesterreich hatte das Nachsehen, aus seinem gewünschten Austausch der Niederlande gegen Baiern wurde natürlich nichts, denn erstere waren durch Preußens Rücktritt vom Kriege in die Hände der Franzosen gelangt.

Der Verfasser schildert diese traurige Episode nach den Quellen, die ihm das kaiserliche Staatsarchiv an die Hand gab. Wiewohl er das Projekt von Cobenzl und Spilmann als den damaligen Verhältnissen durchaus unangemessen kritisirt, betont er doch (gegenüber den deutschen Geschichtsbaumeistern der Neuzeit), daß der geplante friedliche Ländertausch für Oesterreich nichts weniger als ein politisches Verbrechen enthalte, daß er im Gegentheil das Streben Oesterreichs beweise, sich selbst dem Reiche nicht zu entfremden, wohl aber darin einen festen Fuß zu fassen.

Wie zur Zeit Kaiser Josephs hat Preußen wiederum unter Kaiser Franz bei der zweiten Theilung Polens es verhindert, daß Oesterreich nach dem Westen sich ausdehne. Nun ist es gelungen, Oesterreich aus Deutschland hinauszuwerfen und ihm die kräftigste Stütze, nämlich die deutsche, für seinen so verschiedenartigen Ländercomplex zu entziehen. Ob das neue deutsche Reich der Stütze Oesterreichs entbehren kann, wenn mächtige Coalitionen es bedrohen — dies wird die Zukunft lehren.

Wenn die Politik Oesterreichs in der denkwürdigen Periode vor dem Zusammenfall des alten deutschen Reiches nunmehr glänzend gerechtfertigt ist, so darf der unermüdliche Vivenot durch die Herausgabe seiner „Quellen" und anderer höchst interessanten Schriften sich einen großen Theil dieses Verdienstes zuschreiben. B.

Rede des Abgeordneten Hansjakob

in der Debatte vom 13. Mai über das Altkatholiken-Gesetz.

Meine Herren! Sie würden mir gewiß, namentlich da ich in so später Stunde zum Worte komme, meine Rede schenken (allgemeine Zustimmung von der Linken). Nun, ich lasse mit mir reden, wenn Sie mir versprechen, das ganze Gesetz abzulehnen, so will ich kein Wort weiter darüber verlieren. (Heiterkeit.) Wenn ich gestern zum Wort gekommen wäre, so wären Sie nicht so kurz weggekommen; denn ich hätte Ihnen auch eine kirchenhistorische Vorlesung gehalten und Ihnen nachgewiesen, daß die Kirchenväter und selbst Gregor der Große, der gestern als eine Krone des Altkatholicismus geschildert worden ist, von der Infallibilität gewußt haben. Heute aber bin ich fast in Verlegenheit, was ich sagen will. (Heiterkeit.) Altes, schon Vorgebrachtes, will ich nicht mehr sagen und Neues weiß ich nicht mehr viel. (Heiterkeit.) Ich werde mich also darauf beschränken, einige persönliche Bemerkungen über den vorliegenden Paragrophen und über das ganze Gesetz zu machen.

Der Präsident bemerkt hier dem Redner, daß er ihm nicht erlauben könne, nochmals über das ganze Gesetz zu sprechen, worauf der Redner entgegnet und fortfährt: Wenn Sie mir das glauben, was ich über den ganzen Gesetzentwurf sage, so werden Sie denselben und mit ihm den §. 4 ablehnen und damit habe ich auch zu diesem gesprochen. (Heiterkeit.) Doch will ich mich, der vorgerückten Zeit wegen, möglichst an den Paragraphen halten.

Nach dem vorliegenden Artikel soll von der großh. Regierung eine Theilung der Kirchen, Capellen, kirchlichen Geräthe u. s. w. vorgenommen werden. Diese Theilung wird aber nicht blos das religiöse Gefühl, sondern auch das Rechtsgefühl in unserem Volke tief verletzen und erschüttern. Sie sagen freilich, es sei das Gesetz und dem müsse gehorcht werden; allein damit ist das Volk noch lange nicht überzeugt, daß das, was das Gesetz verlangt, auch Recht sei. Das ist überhaupt ein Hauptfehler unserer Zeit, daß man jedes Gesetz für Recht erklärt, während es gar oft nichts anderes ist als Unrecht. So sieht auch das Volk in der vorliegenden Theilung ein Unrecht und zwar aus folgenden Gründen:

Ich achte, m. H., jede religiöse und politische Ueberzeugung, wenn sie wirkliche Ueberzeugung ist und ich glaube auch, daß es Männer gibt, welche in ihrem Gewissen sich verletzt fühlen und an die Unfehlbarkeit einmal nicht glauben können und wollen. Allein das werden Sie mir nicht bestreiten, daß es sehr viele gibt unter den Altkatholiken, die seit Jahren von Kirche und Gottesdienst nichts wissen wollten und das gläubige Volk durch Spottreden verletzt haben. Diese Leute nun kommen und klagen über Nothstand, in welchem sie sich wegen mangelnder Seelsorge befänden, sie müßten Gottesdienst, Kirchen und Paramente haben — aber nicht auf eigene Kosten, weil sie die wahren Katholiken seien und auf diese Aussage hin, die ihnen Niemand glaubt, läßt sich die Gesetzgebung bestimmen, eine Gütergemeinschaft einzuführen. Das Volk muß nun sehen, wie jenen Leuten, die seither nichts davon wissen wollten, Kirchen, Paramente, Kelche und Beichtstühle überwiesen werden und das wird nicht bloß das religiöse Gefühl, sondern auch das Rechtsgefühl des Volkes auf's Tiefste verletzen. Man hat zwar während den seitherigen Debatten immer die Rechtsfrage betont, allein diese ist mir selbst nicht durch die Ausführung des Herrn Staatsministers klar geworden. Der ganze Rechtsstandpunkt in dieser Sache ist kein anderer, als der des Crispinus, von dem die Legende erzählt, daß er den Einen genommen und den Andern gegeben habe (Heiterkeit). Und warum, m. H., nehmen sich denn die Regierungen der Altkatholiken so sehr an? Der Herr Staatsminister hat gesagt, es geschehe dies einmal aus Rechtsgründen, und dann deßhalb, weil die Infallibilität nicht bloß auf das Gebiet des Glaubens, sondern auch auf das der Sitte gehe, letzteres aber so umfangreich sei, daß es auch in die Verhältnisse des Staates eingreifen könne. Allein, m. H., die Infallibilität ist noch gar nicht fertig. Das Gebiet, auf das sie sich ausdehnt, ist noch nicht festgestellt, weil wir erst ein decretum definitionis, aber noch kein decretum interpretationis haben, welch' letzteres auch nur wieder durch ein Concil festgestellt werden kann. Die Regierungen hätten also warten sollen, bis festgestellt gewesen wäre, wie weit die Infallibilität sich erstrecke und in dieser Zeit hätte sich die historische Entwicklung des Altkatholicismus, von der wir gestern und heute so viel gehört haben, verlaufen oder richtiger gesagt, derselbe hätte seine Entwicklung indessen gänzlich eingestellt, wenn die Regierungen ihn nicht unterstützt hätten. Denn das kann ich mir nun und nimmermehr glauben machen, daß der Altkatholicismus, was ich auch früher schon ausgesprochen, etwas Anderes sei, als ein Agitationsmittel der Regierungen im Kampfe gegen die Kirche. Man will um jeden Preis gegen die Kirche vorgehen und da wird nun die Infallibilität zu einem Gespenst hinaufgeschraubt, von dem man selbst weiß, daß es nicht so gefährlich ist.

Meine Freunde, Sie entschuldigen, meine Herren (Heiterkeit), bei der Infallibilität kann einer der älteste Mann werden (große Heiterkeit), ohne daß sie ihn in seinem religiösen oder politischen Leben genirt. Auch kann der Papst vermöge der Infallibilität weder Minister noch Fürsten absetzen. Wenn er es könnte, m. H., so glaube ich, daß er es schon längst probirt hätte. (Heiterkeit.)

Die ganze Infallibilität hat überhaupt an der Grundlage der ganzen kathol. Kirche nicht das Geringste geändert. Die Grundlage der kath. Kirche ist die Auctorität. Diese wurde durch die vaticanischen Dekrete näher erklärt und wenn Sie wollen, etwas gesteigert. Schauen Sie auf den Protestantismus — dort ist es ähnlich. Die Grundlage des Protestantismus ist die freie Forschung und diese wird von unsern Protestantenvereinlern auf die höchste Spitze getrieben und doch gelten sie für die wahren Protestanten und nicht die Altlutheraner. Warum verfährt man mit der katholischen Kirche nicht ebenso?

Nun, m. H., möchte ich noch gerne Einiges erwidern auf das, was der Abg. Kimmig diesen Morgen gesagt hat. (Rufe von der Linken: Das gehört nicht mehr hierher.) Der Präsident ersucht den Redner, sich mehr an den §. 4 zu halten. Derselbe fährt fort: Ich könnte zwar noch einen Ausweg suchen, um das was ich sagen will, doch zu sagen, allein die Zeit ist zu sehr vorgerückt und ich bin zu ehrlich, um einen Ausweg zu suchen (Heiterkeit). Also zurück zu §. 4.! Ich habe bereits dargethan, daß durch die kirchliche Gütergemeinschaft das Rechtsbewußtsein im Volke erschüttert werde, und um dieses zu verhindern, hätte die Regierung sagen sollen: „Meine lieben Altkatholiken, wartet in Geduld bis ich mir den Riesen der Infallibilität näher angeschaut habe und wenn er dann wirklich so gefährlich ist, daß er mich und Euch zu erdrücken droht, so will ich Euch helfen, einstweilen aber helft Euch selber." Und gerade in dieser Selbsthilfe, m. H., hätte der Altkatholicismus seine Kraft und Lebensfähigkeit zeigen können, denn die Lebensfähigkeit einer religiösen Gemeinschaft zeigt sich am besten im Opfer und in der Opferwilligkeit. Schauen Sie hin auf die ihrer Kirchen beraubten Katholiken in Zürich und Genf, wie die für ihre religiösen Bedürfnisse in aufopfernder Weise wieder gesorgt haben. Und dieses Beispiel der Opferwilligkeit werden auch die römischen Katholiken Badens geben, während die Altkatholiken keine Opfer bringen und nur von dem Unsrigen nehmen wollen. Eine Religionsgenossenschaft aber, die nicht opferfähig ist, ist auch nicht lebensfähig. Hätten die Altkatholiken sich als eigene Kirche mit ihrem Bischof oder ihren Bischöfen constituirt und hätte dann der Staat ihnen für ihre religiösen Bedürfnisse 10- oder 15,000 Gulden bewilligt, so hätte ich zugestimmt. So aber im Wege der gewaltsamen Theilung wird und muß das Rechtsgefühl und das religiöse Gefühl unseres Volkes mehr und mehr erschüttert werden. Und das meine Freunde, Sie entschuldigen m. H., ist mir an dem ganzen großen Kampfe, wie er nicht bloß hier, sondern in ganz Deutschland eingeführt wird, das Schmerzlichste, daß durch diesen Kampf das deutsche Volk in seinem

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Glauben und in seinem Rechtsbewußtsein auf's Tiefste verletzt wird und dem deutschen Volke mehr und mehr die religiöse und politische Auctorität verloren geht. Ich habe Gelegenheit gehabt vor Kurzem eine Nation zu sehen, die in Folge ähnlicher Vorgänge jede religiöse und politische Auctorität eingebüßt hat und ich habe im Gegensatz zu dieser Nation den tiefen Fond religiöser und politischer Auctorität, der noch im deutschen Volke ist, schätzen gelernt. Aber mich schauderte, wenn ich mir sagen mußte: Aehnlichen Zuständen wie in Frankreich geht das deutsche Volk entgegen, wenn der Kampf gegen die römische Kirche noch einige Zeit so fortgeht.

M. H.! Als der Abg. Hug gestern sagte: der jetzige Kampf bezwecke nichts anderes als die Vernichtung der katholischen Kirche, da haben Sie ihm mit Ausrufen der Entrüstung geantwortet. Sie scheinen also damit nicht einverstanden zu sein. Nun, m. H., — wir haben ja heute schon Worte der Hoffnung auf Versöhnung aussprechen gehört — wenn Sie mir die Versicherung und die Garantie geben, daß man in Deutschland nicht die katholische Kirche um jeden Preis vernichten und uns lostrennen wollen vom unfehlbaren Papste, dann, m. H., bin ich der erste, der Ihnen die Hand zum Frieden reicht und zwar vor Allem deßhalb, weil ich dem deutschen Volke seine religiöse und politische Auctorität nicht vernichtet wissen will und dies nicht bloß aus religiösen Gründen, sondern im Interesse des Bestandes und der Freiheit des Gesammtvaterlandes. Wenn aber, m. H., beschlossen ist, die römisch-katholische Kirche im deutschen Reiche in ihrer gottgegebenen Verfassung zu vernichten und uns den unfehlbaren Papst, ohne den wir römische Katholiken weder sein können noch sein wollen, zu nehmen — dann, m. H., wollen wir lieber im Kampfe leben und im Kampfe sterben, lieber als die Waffen strecken und dann doch sterben müssen.

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 20. Mai. (2. Kammer.) Discussion des Berichts des Abg. Stösser, die Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer betr. (Forts. und Schluß.)

Staatsrath Ellstätter: Er gebe die Hoffnung nicht auf, daß man auf die Specialdebatte eingehen werde. Der Entwurf sei der practischste, der unter den gegenwärtigen Verhältnissen geboten werden könne. Auf dem vorigen Landtage schon habe die Regierung unser bisheriges Steuersystem für mangelhaft erklärt und eine Einkommensteuer in Aussicht gestellt, die man freudig begrüßt habe, insbesondere der Abg. v. Feder. Redner habe sich nur bedingungsweise für die Einkommensteuer erklärt, insofern sie eine Zusatzsteuer sei. Der Gesetzentwurf sei eine sehr schwierige Arbeit gewesen und gebe Zeugniß von dem Ernst, mit dem die Regierung die Sache in's Auge fasse. Wer heute noch den Entwurf bekämpfe, dem sei es wohl kaum um eine rasche Reform zu thun. Er hoffe auf Verständigung im Plenum, wie sie auch in der Commission gelungen sei. Er (Redner) sei nicht im Stande, dem nächsten Landtag eine durchgreifende Reform auf einer breiteren Basis, die er nicht kenne, vorzulegen.

Die Frage sei nicht so verwickelt, als sie scheine. Die Hauptfrage sei: liegt der Einkommensteuer ein richtiges Princip zu Grunde? Es könne nicht geläugnet werden, daß sie als absolut vortrefflich nicht gelten könne, was Redner historisch erläutert. Nun aber sei man allgemein einverstanden in Betreff der Nothwendigkeit der Einkommensteuer; der Unterschied bestehe nur darin, daß verschiedene Redner sie gründlicher wollten als andere. Alle Redner hätten betont, daß die Lasten der untern Volksklassen erleichtert und mehr den oberen zugewiesen werden. Die Vorlage erfülle vollständig diesen Zweck und um so mehr, als die neue Steuer die große Mehrheit des Volkes nicht treffe, sondern nur eine Minderheit, die sie tragen konne. In der Mehrheit der Bevölkerung liege das dringende Bedürfniß, daß diese Steuer votirt werde, damit nicht in anderer Weise der Ausfall gedeckt werde. Die Minderheit handle keinenfalls klug daran, nicht principielle, sondern dilatorische Gründe zur Abweisung des Entwurfes anzuführen. Redner behauptet, daß die Regierung nicht vom rein fiskalischen Standpunkte ausgehe; denn sonst würde sie nicht das noch Ungewisse mit dem Sicheren der Liegenschaftsaccise eintauschen. Verwerfe man die Vorlage, so werde es einfach beim Alten bleiben; die Finanzverwaltung habe für sich kein Interesse an dem Zustandekommen der Einkommensteuer.

Wie und in welchem Umfang die Einkommensteuer eingeführt werden solle, darüber seien die Ansichten verschieden. Daß die Einkommensteuer an Stelle aller anderen Steuern treten solle, davon sei man doch wohl allgemein zurückgekommen; das sei unausführbar. Die Einkommensteuer müsse also Zusatzsteuer bleiben. Redner erläutert im Einzelnen, daß die Einkommensteuer sich nicht zerlegen und trennen lasse, wie v. Feder anzunehmen scheine. Wenn v. Feder eine Vereinfachung des Steuersystems wolle, so handle es sich dabei nur um Worte, die draußen Eindruck machen sollten, die aber nichts besagten, da es in erster Linie auf Verbesserung ankomme, nicht auf Vereinfachung. Redner erläutert näher, daß in der That eine Verbesserung durch den Entwurf eintrete. Die Behauptung, daß noch eine weitere Steuer dazu treten solle, so daß die Lasten sich verstärkten, sei irrig und protestire er gegen diese Auffassung; die Regierung werde es sich angelegen sein lassen, eine Reihe anderer Steuern zu vermindern um den Mehrbetrag, der durch die Einkommensteuer gewonnen werde.

Was den jetzigen Moment für die Steuerreform betreffe, so sei er relativ günstig; ob diese Lage in zwei oder drei Jahren noch gleich günstig sei, lasse sich nicht ermessen. Die Reibung der verschiedenen Interessen in der Oeffentlichkeit, die nach Kiefers Meinung zur Klärung dienen solle, sei nicht nach seinem Geschmack; draußen machten sich oft die am meisten geltend und fänden das meiste Gehör, die es am wenigsten zu finden verdienten. Redner sichert für den nächsten Landtag eine reformirte Gewerbesteuer zu; dort werde man dann mit mehr Klarheit für die einzelnen Steuerarten den richtigen Steuerfuß finden können. Verwerfe man seine Vorschläge, so werde man auf dem nächsten Landtag eine Arbeit erhalten, die gar nicht zu bewältigen sei und dann erst recht die Reform ad Graecas Calendas vertagen. Was schließlich die Liegenschaftsaccise betreffe, so sage die Regierung, sie würde den Vorschlag machen, dieselbe abzuschaffen, wenn aber das Verlangen laut werde, statt die Liegenschaftsaccise abzuschaffen, direkt die Entlastung des Grundeigenthums herbeizuführen, so habe die Regierung nichts dagegen, und werde einer Verständigung darüber zugänglich sein. Es handle sich nicht darum, wie man oft höre, daß die Einkommensteuer und die Liegenschaftsaccise in einem unlöslichen Nexus stünden. Die Mißverständnisse würden sich heben, wenn man dem Gegenstand näher trete und nicht mit dem großen Löffel so obenhin im Allgemeinen schöpfe.

Kiefer: Sehr bescheiden! sehr bescheiden!

Staatsrath Ellstätter: Er habe nicht auf Kiefer anspielen wollen. Wer principiell nicht auf die Vorlage eingehen wolle, der habe die Verpflichtung, ein selbstständiges Programm vorzulegen. Die allgemeinen Betrachtungen der Opposition hätten keinen Anspruch, die Detailberathung abzulehnen. Herr v. Feder hätte eine Minoritätsvorlage ausarbeiten sollen, wie dies auch in anderen Versammlungen der Fall sei.

v. Feder: Er möchte wissen, wie der Antrag Kiefers behandelt werden solle.

Präsident: Er wolle denselben am Schlusse der allgemeinen Debatte zur Erörterung bringen.

Nachdem noch Jolly, Kiefer, v. Feder, Bär, Bluntschli und Junghanns sich zur Geschäftsordnung geäußert, wird die Sitzung bis 1/2 4 Uhr vertagt.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erhält das Wort

Müller v. Pf., welcher in für die Galerie unverständlicher Weise sich zunächst in verschiedenen Scherzen ergeht. Derselbe hat Anfangs verschiedene Bedenken in Betreff des Gesetzentwurfs gehabt, jetzt aber hat er sich durch die Rede Ellstätters eines Besseren belehren lassen. Er nehme mit dieser Abschlagszahlung einstweilen vorlieb und habe das Vertrauen zur Regierung, daß sie auf dem eingeschlagenen Wege weiter schreite. Er will die Steuerregister öffentlich haben als ein vortreffliches Mittel gegen Defraudation. Redner erörtert u. A. auch die „sittliche Reife des Volks" und kommt zu dem Schluß, daß die Franzosen, weil sie dieser entbehrten, für die Einkommensteuer nicht paßten. (Heiterkeit.) Derselbe tadelt es auch, wenn man das Volk mit zu viel Mißtrauen behandle: Jeder zahle gern, wenn er sehe, daß der Andere auch zahlen müsse (Heiterkeit), wenn er also sehe, daß keine Monopole stattfänden.

Bluntschli: Wenn er die heutige Discussion überschaue, könne er sich denken, daß die Herren des rechten Flügels ein Vergnügen hätten, daß eine Meinungsverschiedenheit unter den Liberalen vorhanden sei. (Heiterkeit rechts.) Sie werden sich dort überzeugen, daß bald keine Verschiedenheit mehr vorhanden ist und Sie werden stets erfahren, daß wir die Einheit in uns bewahren werden. (Lender: captatio benevolentiae!) Die Gründe des Herrn Finanzministers seien erwägenswerth, aber die Art wie er sie vorgebracht, hätten ihn nicht angenehm berührt. Die Aeußerung desselben, wenn die Kammermehrheit eine Vorlage nicht wolle, müsse sie selbst eine andere Vorlage bringen, sei falsch; nach constitutionellem Recht und constitutioneller Praxis könne die Kammer einfach eine Vorlage ablehnen, ohne weitere Verpflichtungen zu übernehmen. Letztere auszuführen, sei Sache der Regierung, der Verwaltung. Ferner habe der Finanzminister mit einer Volksagitation gedroht, und zwar der niedern Klassen gegen die höheren (Buß: Nein!). Wenn der Abg. Buß das gethan hätte, würde er es begreifen oder auch wenn Bebel und Liebknecht das thäten; aber von Seiten der Regierungsbank müsse er das tadeln. Solche Aeußerungen seien höchst bedenklich. Wenn der Herr Minister gesagt habe, er zweifle nicht, daß die Opposition in der Kammer keine selbstischen Gedanken im Hintergrund habe, so komme ihm das vor, wie wenn man Einem auf die Hühneraugen trete und dann den Hut abziehe mit der Entschuldigung: „Ich habe Sie nicht gemeint." (Heiterkeit.)

Er habe gleichfalls patriotische Gründe gegen die Vorlage und lasse sich keine Verdächtigung derselben gefallen. Er könne an sich nicht durchweg die indirekten Steuern verwerfen, wenn auch die Schattenseiten derselben vielleicht überwiegen möchten. Es sei allerdings richtig, daß die indirekten Steuern die Lebensbedürfnisse der arbeitenden Klassen wesentlich beträfen, aber sie berechneten auch ihre Arbeit darnach. Für die vorliegende Steuer sei für die nächste Zeit ein dringendes Bedürfniß nicht vorhanden. In der ursprünglichen Vorlage habe die Regierung die Absicht gehabt, die Liegenschaftsaccise fallen zu lassen; trotzdem sei es sehr zu überlegen, ob man letztere Steuer, die freilich bedenklich sei, abschaffen solle, um eine andere einzuführen, die auch ihre Bedenken habe. Er sei vorerst nicht für Abschaffung der Liegenschaftsaccise: es sei unläugbar, daß der Grundbesitz der Städte in letzter Zeit ganz enorm gewachsen sei, ohne Zuthun der Besitzer, die colossale Werthe erhalten hätten, wobei sie hätten schlafen können. Also ein sehr gutes Steuerobject solle man hier nicht ungenützt lassen. Die in der Commission vertretene Ansicht, daß der Grundbesitz zu sehr belastet sei, sei nur theilweise wahr: es sei wahr, daß der landwirthschaftliche Grundbesitz, namentlich des Kleinbauern, zu sehr belastet sei, zumal er nicht in den letzten Jahren so hoch im Werth gestiegen sei als der Grundbesitz in den Städten; er spreche also seine Bedenken gegenüber der Einkommensteuer gerade in Beziehung auf die Landwirthe aus und möchte es klar ausgesprochen haben, nicht blos in Form eines frommen Wunsches, wie die Commission gethan, daß man die Einkommensteuer zur Erleichterung des Landmannes verwende. Dagegen sei er nicht für eine größere Entlastung des städtischen Grundbesitzes, — im Gegentheil, hier könne man sogar noch etwas mehr auflegen. Er wolle klar sehen, er wolle nicht die Katze im Sack kaufen und er möchte daher gerne wissen, was die Einkommensteuer für Folgen für den Grundbesitz habe; sonst stimme er nicht zu. Das sei nicht unpatriotisch oder interessirt. Wenn der Hintergedanke der wäre, daß die übrigen Steuern von der Einkommensteuer aufgerollt werden sollten, wie man bisweilen höre, dann wäre sie absolut unannehmbar. Was sei denn das für ein System, wenn man die ganze ungeheure Steuerlast nur auf die vermöglicheren Klassen legen wolle, eine kleine Minderheit (1/12), wie der Finanzminister selbst gesagt, um die große Majorität frei ausgehen zu lassen! Unser Staat beruhe auf der demokratischen Basis und da müsse Jeder nach Maßgabe seines Könnens für den Staat beitragen, der Alle schütze. Es sei nicht moralisch und nicht politisch, die großen Massen leer ausgehen zu lassen, die doch auch in der allgemeinen Wehrpflicht gleichfalls für den Staat eintreten müßten. Er halte es nicht für richtig, die wohlhabenderen Klassen einmal tüchtig mitzunehmen. Sehr reiche Leute hätten wir ohnehin nicht viel und diese Steuer treffe auch nicht diese allein, sondern eine Reihe von Mittelleuten, die nur ein geringes Einkommen hätten und denen es dann doppelt schwer falle, hier getroffen zu werden. Er sei der Meinung, daß man diese Einkommensteuer erst beschließe, wenn man wisse, was daraus gemacht werde.

Staatsrath Ellstätter: Er habe nicht die Absicht gehabt, irgend Jemand in diesem Saale das Motiv unterzuschieben, als handle er in dieser Frage nach egoistischen Gründen. Auch habe er nicht der Volksvertretung die Alternative stellen wollen, entweder die Regierungsvorlage anzunehmen oder Gegenvorschläge zu machen. Er glaube nur, daß die Volksvertretung im letzteren Falle moralisch die

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Pflicht habe, die Regierung auf das aufmerksam zu machen, was sie thun solle. Durch Bluntschlis Rede seien neue Mißverständnisse hereingebrochen; es sei deßhalb um so nöthiger in die Detailberathung einzugehen, wo sich die Dinge klar stellen würden. Redner sucht im Einzelnen die Bedenken Bluntschlis zu widerlegen und erwartet, daß Bluntschli die Erklärung abgebe, daß es sich so verhalte, wie die Regierung dargethan habe. Die Deduction Bluntschlis falle in Betreff der Liegenschaftsaccise zu Boden, da nicht der Verkäufer, sondern der Käufer dieselbe bezahle. Wenn die Kammer alle Garantien haben wolle in dem Sinne Bluntschlis, so habe er nichts dagegen. Es sei sehr leicht, eine Steuer zum Falle zu bringen und man könne noch hundert Gründe dagegen einwenden; aber wenn die Regierung ernstlich einen Entwurf bringe, um Abhilfe vieler Mängel zu schaffen, so solle man nicht der Regierung die Detailberathung versagen. Er glaube fast, daß man die Detailberathung nicht wolle, um keine Aufklärung von der Regierung zu erhalten. (Lebhaftes Oho! von vielen Seiten.) Er könne das damit begründen, daß die Vertreter der großen Städte nichts davon wissen wollten. Von Großgrundbesitzern habe eine lebhafte Agitation gegen das Gesetz stattgefunden, aber nur aus Mißverständniß, das mit der Katastrirung des Grundeigenthums zusammenhänge. Ein finanzielles Bedürfniß für das Gesetz, das Bluntschli zur Annahme voraussetzte, liege nicht vor, wohl aber ein allgemeines politisches Reformbedürfniß. Die Regierung habe nicht die Absicht, alle andern Steuern aufzurollen; er bitte um Ablehnung des Kiefer'schen Antrags.

Abg. Friderich erklärt sich im Sinne der Regierung, welche dem langjährigen Verlangen der Stände nachgekommen sei. Alle wollten die zu hohe Besteuerung des Grundeigenthums abgeschafft haben und das könne doch nur geschehen, wenn man auf das vorliegende Gesetz eingehe. Die Einkommensteuer bewillige er nur als Zusatzsteuer, nicht als alleinige Steuer. Es könne kein Steuergesetz geschaffen werden, das Alle befriedige. Der gegenwärtige Moment sei günstig zur Berathung des Gesetzes, da kein Druck von Außen mitwirke. Redner will wohl eine Ermäßigung, aber keine Abschaffung der Liegenschaftsaccise. Die Leute mit kleinen Besoldungen, von denen Bluntschli gesprochen, erhielten ein Aequivalent durch eine geringer werdende Klassensteuer. Redner erklärt, er werde einen Antrag einbringen, der den noch schwankenden Mitgliedern eine Brücke zu bauen bestimmt sei, ein Antrag, dessen nähere Formulirung uns nicht ganz verständlich war.

Abg. Stigler ist kein principieller Gegner der Vorlage; aber er halte es nicht für constitutionell, nach Berathung des Finanzgesetzes eine neue Steuer in dieser Budgetperiode einzuführen. Er könne sich nicht denken, daß man Vorarbeiten auf Jahre hinaus für solche Gesetze schaffen solle. Der Herr Finanzminister habe die Zusicherung gegeben, daß eine Reihe neuer Reformen in verschiedenen Steuern in Aussicht stehe; da glaube er nun, daß man erst das Verhältniß der einzelnen Steuern, wenn sie neu regulirt seien, unter einander vergleichen solle, ehe man die Einkommensteuer beschließe. Agitation draußen gegen den Theil seiner Fraction, der gegen das Gesetz stimme, fürchte er nicht, so wenig wie seine Freunde. Er wolle einen Ausgleich in den Steuern, aber keinen Sprung in's Dunkle. Wenn es indessen wahr sei, daß die Vorarbeiten nicht ohne Gesetzesermächtigung gefertigt werden könnten, dann werde er einer Verständigung nicht abgeneigt sein.

Steuerdirektor Regenauer erläutert nochmals den Standpunkt und die Motive der Regierung. Er freue sich, daß man im Princip einverstanden sei; man wolle nur zuwarten, bis die übrige Revision beendet sei, wobei man aber nur vergesse, daß man schon mitten drin sei in der Revision. Mit dem Eingehen in die Berathung thue man keinen Sprung in's Dunkle; einen solchen wolle die Regierung ebenso wenig. Die Großh. Regierung glaubt mit dem Entwurfe den wohlverstandenen Interessen im Lande entgegengekommen zu sein; er bittet um die Detailberathung.

Abg. Junghanns: Die Regierung sei mit ihrer Vorlage den Wünschen der Stände entgegengekommen. Man könne seiner Partei vorwerfen, daß sie trotz tiefem Conflict der Regierung zustimme; allein es handle sich bei derselben immer nur um das Interesse des Landes; dafür verlange man keinen Dank und erhalte wohl auch keinen. Die Steuerreform sei nothwendig; es fehle bisher an einer ausgleichenden Steuer und dazu komme die sociale Frage: die unteren Klassen beschwerten sich über zu große Lasten gegenüber den höhern. Es müsse also etwas hier geschehen. Auch die Staatsbedürfnisse verlangten größere Mittel und es müsse dazu möglicherweise die Einkommensteuer dienen trotz der anderen Aeußerungen des Finanzministers. Die Einkommensteuer sei die beste und gerechteste. Was in der Schweiz möglich sei, werde es auch bei uns sein. In dem vorliegenden Entwurf liege wenigstens ein Keim des Besserwerdens, schon durch das Princip, das anfangen solle in Wirklichkeit zu treten. Dann aber erlange man dadurch eine Schätzung, es sei eigentlich ein Katastergesetz, nach welchem man die Steuern sämmtlich werde bemessen können. Es liege in der Macht des nächsten Landtages, die Steuer höher oder geringer zu veranschlagen. Es solle nur ein Anfang der Reform sein und da sei es nicht unbillig, wenn man die geringeren Klassen einstweilen weglasse. Bei größerer Ausdehnung würden auch diese beigezogen werden. Eine erhebliche Reform liege in dem Gesetze, und wer wünsche, daß etwas zu Stande komme, müsse dafür stimmen. Er bitte um Eingehen auf die Specialberathung. Er habe sich überzeugt, daß dieser im Ganzen ausgezeichnete Gesetzentwurf seinem Zweck entspreche und daß man ihn daher im Einzelnen prüfen solle.

Bär: Man habe gegen seine Gesinnungsgenossen Mißtrauen ausgesprochen, das er nicht ruhig hinnehmen könne. Man habe ihnen so ziemlich Alles vorgeworfen, mit Ausnahme der persönlichen Interessenbetheiligung. Redner geht im Einzelnen dazu über, die angeblichen Vorwürfe von der Regierungsbank zurückzuweisen. Redner stellt einen eventuellen Zusatzantrag zu Kiefers Antrag.

Kiefer: Er habe seinen Antrag in einer Weise formulirt, der den Ton nicht verdient habe, in dem der Herr Finanzminister ihn behandelt habe. Er rufe Freund und Feind zu Zeugen auf. Er habe den Herrn Finanzminister nicht provocirt. Sein ganzer Zweck sei der gewesen, es möge die Reform sich nicht auf dieses Gebiet beschränken, sondern auch ausdehnen auf die andern directen Steuerarten. Er wolle dem Wunsch der Regierung auf Detailberathung nicht mehr länger widerstehen und zwar mit Beziehung auf einen ihm zusagenden Antrag, der aus der Mitte des Hauses kommen werde. Er ziehe seinen Antrag zurück.

Staatsrath Ellstätter erkennt an, daß er heute früh in seinen Aeußerungen etwas zu weit gegangen sei; er sei dazu gekommen durch den von ihm für bedauerlich erachteten Antrag Kiefers.

Ein Schlußantrag wird gestellt. Buß versucht vergebens noch das Wort zu erhalten und äußert, er wolle sich dann das Wort zu Art. 1 vorbehalten. (Große Heiterkeit.)

Abg. Jolly: Die sogen. katholische Volkspartei habe kein Recht, sich immer besonders das Recht zu so und so vielen Reden vorzubehalten. Zu Art. 1 würde er als Präsident den Abg. v. Buß nicht in die allgemeine Discussion zurückfallen lassen.

Nachdem noch v. Feder und Blum gesprochen, wird der Schluß angenommen.

Nachdem Schoch noch eine persönliche Bemerkung gemacht hatte, wird die Specialberathung auf morgen früh um 10 Uhr vertagt.

Deutschland.

Stuttgart, 18. Mai. Heute trat die Kammer wieder zusammen. Auf der Tagesordnung steht die Berathung des Berichts der volkswirthschaftlichen Commission über den Staatsvertrag zwischen Württemberg und Baden, betreffend die Herstellung weiterer Eisenbahnverbindungen. Der Vertrag sichert einestheils die Herrstellung von drei neuen Bahnverbindungen innerhalb festgesetzter Fristen, anderntheils verleiht er Württemberg für eine längere Reihe von Jahren das Recht zum Bau zweier Bahnen über badisches Gebiet. Es sollen nämlich (Art. 1—3) innerhalb beziehungsweise 6, 5 und 10 Jahren Eisenbahnen hergestellt werden: 1) von Jagstfeld über Neckarelz nach Eberbach zur Verbindung von Jagstfeld (Heilbronn) einerseits über Eberbach mit Erbach und der hessischen Odenwaldbahn, andererseits über Eberbach mit Neckargemünd (Heidelberg); 2) von Heilbronn nach Eppingen als württembergerischer Theil einer Bahn von Heilbronn über Eppingen und Bretten nach Durlach (Karlsruhe); 3) von Freudenstadt über Alpirsbach nach Schiltach zur Verbindung von Stuttgart beziehnungsweise Horb über Freudenstadt mit der badischen Kinzigthalbahn (Hausach-Offenburg). Die Bahn ad 1 wird von Baden, die Bahnen ad 2 und 3 werden von Württemberg gebaut und betrieben. Innerhalb eines Zeitraums von 15 Jahren soll sodann (Art. 27) Württemberg das Recht zustehen, auch eine Bahn von Heilbronn durch das Zabergäu nach Bretten und eine solche von Sigmaringen durch das Donauthal nach Tuttlingen über badisches Gebiet zu bauen und zu betreiben. Ein weiterer Vertragsartikel (28) nimmt eine Verständigung über Bau und Betrieb einer Zweigbahn von Schiltach nach Schramberg innerhalb 10 Jahren in Aussicht, und endlich sichert (Art. 29) Württemberg Baden die Herstellung der Bahnstrecke von Friedrichshafen nach Immenstadt oder Markdorf zum Anschluß an die badische Bodenseebahn innerhalb 8 Jahren zu, in Abänderung der bezüglichen Bestimmung des Vertrags vom 18. Februar 1865, welche diesen Bahnbau von der Herrstellung der Bahnverbindung Friedrichshafen-Lindau abhängig machte. Die Kosten der Linie Heilbronn — Eppingen mögen 4 Millionen, die der Linie Freudenstadt — Schiltach 4,5, und die der Linie Friedrichshafen — Markdorf bezw. Immenstadt, 1,25 Mill. Gulden betragen. Der Vertrag wurde mit 82, allen abgegebenen Stimmen angenommen.

Münster, 18. Mai. Der Herr Bischof von Münster ist z. Z. auf einer Firmungsreise am Niederrhein begriffen. Wie man dem „Westf. Mercur" von dort mittheilt, wird der Herr Bischof auf Schritt und Tritt in einiger Entfernung von einem sichtbaren Schutzengel in Gestalt eines Gendarmen begleitet. Der Empfang des Oberhirten ist überall ein außerordentlich glänzender.

Berlin, 20. Mai. Herrenhaus. Fürst Putbus zeigt schriftlich an, daß er betreffs der Nordbahnangelegenheit schriftliche Auseinandersetzungen anfertigen und veröffentlichen lassen, sowie die Errichtung eines öffentlichen Ehrengerichtes beantragen werde. Der frühere Handelsminister, Graf Itzenplitz, überreicht zum stenographischen Bericht die vollständige mit dem Fürsten Putbus über die Nordbahn geführte Correspondenz.

Ausland.

Pest, 19. Mai. Die Reichsrathsdelegation erledigte das Extraordinarium des Kriegsbudgets, indem sie 4,600,000 Gulden bewilligte und 1,400,000 Gulden abstrich. Der Titel betreffend die Fortsetzung der Przemysler Festungsbauten rief eine längere Debatte hervor. Die Delegation entschied dem Antrage des Ausschlusses gemäß für die Streichung der hierfür beantragten Ziffer. — Das ungarische Unterhaus hat die Anlehensvorlage mit großer Majorität angenommen.

Pest, 20. Mai. Die ungarische Delegation erledigte das Ordinarium des Erfordernisses für das Heer nach den Anträgen des Ausschlusses und lehnte den von Szell für mehrere Titel beantragten Gesammtabstrich von 2,500,000 fl. ab, nachdem der Vertreter des Kriegsministers erklärt hatte, daß hierdurch die vitalen Interessen des Heeres gefährdet würden.

Lemberg, 19. Mai. Die Flüsse San, Wislok und Stry sind aus ihren Ufern getreten und haben dadurch viele Beschädigungen verursacht. Auf der Bahnstrecke Lemberg-Stryj ist der Verkehr sistirt.

Paris, 19. Mai, Abends. Mac Mahon, Broglie und Goulard bestehen darauf, daß Decazes Minister des Aeußeren bleibe. Man versichert, Belcastel habe Mac Mahon erklärt, er werde gleich nach erfolgter Bildung des Cabinets einen Antrag auf Wiederherstellung der Monarchie einbringen.

Madrid, 19. Mai. „Tiempo" zufolge beabsichtigt die Regierung die Wiederaufnahme der Beziehungen zum päpstlichen Stuhl.

Bilbao, 19. Mai. Ein Dampfer hat den Carlisten eine Ladung Geschütze und Gewehre zugeführt.

Lokales.

† Bühl, 17. Mai. Gestern verließ uns Hr. Amtsarzt Kast, um das Amtsphysikat in der Stadt Freiburg zu übernehmen. So sehr man diesem geschickten Arzt die Beförderung gönnt, so hat doch sein Wegzug einen unliebsamen, ja schmerzlichen Eindruck gemacht, denn Herr Kasts vorzügliche medicinische Kenntnisse, unermüdlicher Eifer für das Wohl der ihm anvertrauten Patienten, verbunden mit steter Freundlichkeit und großer Opferwilligkeit gewannen ihm die Zuneigung und das Vertrauen der Bevölkerung. Einige wollen wissen, daß Herr prakt. Arzt Kimmig, derzeit Abgeordneter, zu unserem Amtsarzte bestimmt sei.

Für die bedrängte Wittwe in Daxlanden mit dem Poststempel Offenburg zwei 1-Thalerscheine (3 fl. 30 kr.), mit dem Poststempel Radolfzell 1 fl., Gemeinde Balg bei Baden 2 fl. 15 kr., von Ungenannt aus Karlsruhe 1 fl., von Hrn. Rentamtmann Däffner in Seelbach bei Lahr 2 fl.

Briefkasten.

Nach X. Das hinkende Bein möchte sich wohl für das eingeschlafene „Bad. Bürgerblatt" eignen, aber nicht für den Bad. Beobachter, der äußere Gebrechen nicht zum Gegenstand seiner Erörterungen macht.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von Dr. Ferd. Bissing.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Soeben erschienen:

Aus dem Herzen!

Poetische Versuche

von 3.2

Jos. Hollinger,

Kaplan zu Offenburg.

Der Reinertrag ist bestimmt zum Besten des Gesellenvereins Offenburg.

Lahr 1874.

Druck von Chr. Schömperlen.

Zu haben in der **Herder**'schen Buchhandlung in **Freiburg**, bei **Karl Debold** in **Offenburg** und bei Gebrüder **Philipp** in **Waldshut**.

Bekanntmachung.

Nr. 2082. An der höhern Töchterschule in Baden ist die Stelle eines Unterlehrers, der im Mädchenturnen bewandert sein muß, mit einem Gehalt von 600 fl.; deßgleichen die Stelle einer Industrielehrerin, die nach der Schallerfeldt'schen Methode Arbeitsunterricht und auch einige Unterrichtsstunden in der deutschen Sprache übernehmen kann, mit einem Gehalt von 500 fl. alsbald zu besetzen.

Anmeldungen haben unter Anschluß der Zeugnisse innerhalb 14 Tagen bei dem Gemeinderath zu geschehen.

Baden, den 19. Mai 1874.

Der Gemeinderath.

J. V.:

Zachmann.

Hildenbrand.

Heidelberg. 3.2

Vergebung von Bauarbeiten.

Nachgenannte Arbeiten zur Vergrößerung des katholischen Schulhauses in Neckarelz sollen zur Ausführung vergeben werden.

	im Anschlag zu:
Maurerarbeit . . .	658 fl. 59 kr.
Steinhauerarbeit . .	139 fl. 51 kr.
Zimmerarbeit . . .	722 fl. 58 kr.
Schreinerarbeit . . .	490 fl. 1 kr.
Schlosserarbeit u. Gußwaaren	194 fl. 16 kr.
Flaschnerarbeit . . .	78 fl. 20 kr.
Glaserarbeit	128 fl. 3 kr.
Tüncherarbeit . . .	506 fl. 42 kr.

Plan, Ueberschlag und Uebernahmebedingungen liegen im kathol. Schulhaus zu Neckarelz und bei unterzeichneter Stelle zur Einsicht bereit.

Angebote wollen bei Letzterer schriftlich und portofrei bis Samstag den 30. d. M. eingereicht werden.

Heidelberg, den 18. Mai 1874.

Erzbischöfliches Bauamt.

Lutz.

Es wird ein gesetztes Mädchen zu einem Kinde gesucht, das sich auch willig den häuslichen Arbeiten unterzieht und nähen und bügeln kann. — Auch wird ein Mächen, das selbstständig kochen kann, gesucht. Zu erfragen bei der Exp. d. Bl.

Hundert Heiligenbilder

in brillantem Farbendruck mit Verzierungen in einer Auswahl von fünfzig verschiedenen Heiligen,

mit Gebet nur 1 fl. 12 kr.

ohne „ nur 1 fl. 6.1.

Dieselben eignen sich vorzüglich zum Vertheilen an Schulkinder.

Bei Abnahme von 1000 Exemplaren liefere ich 100 Exempl. gratis.

Fr. Gypen's Kunst-Verlag in München.

Bekanntmachung.

Nr. 4039. Die Abhaltung der **Wochenmärkte** betreffend.

Vom nächsten Samstag den 23. d. M. an werden die **Wochenmärkte** an den Dienstagen, Donnerstagen und Samstagen bis auf Weiteres auf dem Spitalplatze abgehalten werden.

Karlsruhe, den 18. Mai 1874.

Das Bürgermeisteramt.

Lauter.

Hofguts-Verpachtung.

Dienstag, 2. Juni d. J. Nachmittags 3 Uhr versteigern wir, unter Vorbehalt höherer Genehmigung, in unserem Bureau dahier, den Pacht des diesfürstlichen **Oedengesässer Hofguts** bei **Werlheim a/Main**, enthaltend:

61 Hectare, 76 Are, 51 Quadrat-Meter Ackerfeld,
8 Hektare, 27 Are, 71 Quadrat-Meter Wiesen,
67 Are, 44 Quadrat-Meter Hofraithe und Gärten, und
44 Are, 96 Quadrat-Meter Gutswege und Rain,
zusammen: 71 Hectare, 16 Are, 62 Quardrat-Meter,

auf 15 Jahre, vom 2. Februar 1875 an.

Die Herren Steigerungsliebhaber wollen mit glaubwürdigen Zeugnissen über den Besitz des nothwendigen Betriebs-Kapitals und über ihre landwirthschaftliche Befähigung erscheinen.

Zu weiteren Auskunftsertheilungen stehen wir bereit.

Bronnbach, den 4. Mai 1874.

Fürstlich Löwenstein-Wertheim-Rosenberg'sches Rentamt allda.

Grohe, Rentamtmann.

Karlsruhe.

Privat- und Geschäftshäuser

große und kleinere, in verschiedenen, theils den vorzüglichsten Lagen dahier.

Eine gute Wirthschaft.

Eine sehr rentable Brauerei

mit neuester Einrichtung, und schönem, geräumigen Wirthschaftslokal,

Bauplätze, Gärten, Aecker, Handelsgärtnereien,

sind unter ganz annehmbaren Bedingungen durch Unterzeichneten zu **verkaufen.**

Kaufliebhabern ertheilt nähere Auskunft

Adolph Goldschmidt, Güteragent,

Zähringer-Straße Nr. 79 in Karlsruhe.

(Tägl. v. 11—1 u. v. 3—4 Uhr zu sprechen.)

Für Krampfleidende.

Eine „Anweisung, die

Fallsucht

(Epilepsie), Krämpfe

durch ein seit 12 Jahren bewährtes nicht medicin. Universal-Gesundheitsmittel binnen kurzer Zeit radikal zu heilen. Herausgegeben von Dr. Fr. Quante, Fabrikbesitzer zu Warendorf in Westfalen," welche gleichzeitig zahlreiche, theils amtlich constatirte resp. eidlich erhärtete Atteste und Danksagungsschreiben von glückl. Geheilten aus allen fünf Welttheilen enthält, wird auf directe Franco-Bestellungen vom Herausgeber gratis-franco versandt.

Eine kleine Familie auf dem Lande, in nächster Nähe des Bodensees wäre geneigt, 1—2 junge Leute im Alter von 10—16 Jahren in Erziehung und Verpflegung zu nehmen. Die beste Gelegenheit wäre geboten, im Hause sich in der Musik, Zeichnen, 2c. tüchtig auszubilden.

Fr.-Offerten mit Beilegung einer Freimarke befördert die Exp. d. Bl. unter Chiffre E. W. 29.

---

ohne Medicin.

Brust- u. Lungen-

kranke finden auf naturgemässem Wege selbst in verzweifelten und von den Aerzten für unheilbar erklärten Fällen radicale Heilung ihres Leidens

ohne Medicin.

Nach specieller Beschreibung der Krankheit Näheres briefl. durch

Dir. J. H. Fickert,

Berlin, Wall-Strasse No. 23.

ohne Medicin. ohne Medicin. ohne Medicin.

Im Verlage von Franz Ackermann in Weinheim ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Neuester

Münzumrechner

Genaue Umrechnung der bisherigen süddeutschen Gulden, Thaler, Markkourant, Thaler-Gold, österreichische Gulden und Franken von 1 Pfennig bis 100,000 Thaler

in die neue deutsche Reichsmünze

und umgekehrt

von der neuen Reichsmünze

in die bisherigen.

Nebst dem Münzgesetz v. 4. Dez. 1871 und 9. Juli 1873.

4. Aufl. Taschenformat geh. 12 kr.

Derselbe in

Plakatform

gr. Imp. Format. Preis 12 kr.

Bei der Einführung der neuen Reichsmünze ist dieser Münzumrechner für Jedermann unentbehrlich und kann derselbe wegen seiner praktischen Einrichtung nicht genug empfohlen werden.

Auf directe Bestellung und Einsendung in Postmarken, wird der Münzumrechner franko gesandt.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Gr. Hoftheater in Karlsruhe.

Donnerstag 21. Mai. 14. Vorstellung außer Abonnement. Mit erhöhten Preisen. Vierte und letzte Gastdarstellung der k. k. Kammer- und Hofopernsängerin Frau Bertha Ehnn. Neu einstudirt: **Romeo und Julie.** Große Oper mit Ballet in 5 Akten von Gounod. „Julie" — Frau Bertha Ehnn. Anfang halb 7 Uhr.

Freitag 22. Mai. Zweites Quartal. 69. Abonnements-Vorstellung. Zum ersten Mal: **Die Sirene.** Lustspiel in 4 Akten von Mosenthal. Anfang halb 7 Uhr.

Geburten.

16. Mai. Friedrich August, Vater Friedrich Müller, Kaufmann.
18. „ Ein Mädchen (todtgeboren), Vater Robert Stutz, Güterdienst-Inspektor.
18. „ Ad. Friedrich, Vater Ad. Schimpf, Schreiner.

Eheschließungen.

19. Mai. Wilhelm Becker von hier, Kaufmann in Paris, mit Lina Haußmann von hier.
19. „ Max Keller von Odenheim, Kaufmann in Muggensturm, mit Auguste Wimpfheimer von Ittlingen.
19. „ Josef Fell von Mutterstadt, Conditor, mit Amalie Hirschmann von hier.
19. „ Anna Marie, Vater Jakob Bron- Maschinenschlosser.

Todesfälle.

18. Mai. Karoline, Wittwe des Bauraths Gerstner. 70 J.
20. „ Jakob Feigel, Schmied, ein Ehemann. 33 J.

Cours der Staatspapiere. Frankfurt, 20. Mai.

Staatspapiere.	pr. comptant.
Bayern 4½% Consol. Oblig	105⅝ B
4½% do.	100½ G
4% do.	— b
Baden 5% Obligationen	104¾ b
4½% do.	101¾ G
4% do.	97⅛ G
3½% do. v. 1842	91¼ b
Bayern 4½% Obl. 1866 8.½jähr.	101⅜ B
4½% „ (8ins 1jähr.)	101⅝ G
4% „ „ 1jähr.	97¼ G
Württemberg 5% Obligationen	105 B
4½% „	101 G
4% „	97 G
Nassau 4½% Obligationen	98¼ G
3½% do.	93¼ G
Sachsen 5% do.	105½ G
Gotha 5% do.	101¾ G
Gr. Hessen 5% do.	98¾ G
4% do.	97 G
Oesterr. 5% Silberrente B. 4½%	66⅞ G
4% Papierrente B. 4½%	62⅛ b
do. do.	62¼ G
5% Ung. E.-B.-Anl. 1868	86⅞ b
Rußland 5% Oblig. v. 1871	98 G

Rußland 5% Obligationen v. 1872	— b
Belgien 4½% Obligationen	103⅛ G
Schweden 4½% Oblig. in Thaler	98½ b
Schweiz 4½% Berner Obligationen	96½ b
4% „ „	95⅞ G
N.-Amerika 6% Bonds 1882r v. 1862	99½ b
6% „ 1885r v. 1865	101⅛ G
5% „ 1904r 10/40 1864	98⅜ G
Spanien 3% neue Schuld von 1869	19 G
Frankreich 5% Rente. Fr. zu 28 kr.	95 b
do. leere.	— B
Actien und Prioritäten.	
Badische Bank, 200 Thaler	112½ b
3% Frankfurter Bank, fl. 500	147¾ b
4% Darmstädter Bankactien, fl. 250	374 B
3% Oesterr. Nationalbank, fl. 600 6 kr.	1018 G
5% do. Creditactien, fl. 160	134 b
Stuttgarter Bank	— B
5% Elisabethbahn, fl. 200	208 G
5% Rudolphsbahn, fl. 200	161½ b
4% Ludwigshafen-Bexbacher-E. fl. 500	173⅜ B
4½% Bayerische Ostbahn, fl. 208	110 b
4% Hessische Ludwigsbahn, Thlr. 200	133⅜ b
5% Oesterr. Staatsbahn, Fr. 500	332½ G

5% Oesterreichische Südbahn-Priorit.	86 G
3% do. do.	49⅛ G
5% Elisabeth, Coupon i. Silb. 1. Em.	84 b
5% do. do. 2. Emiss.	82¾ G
5% Böhmische Westbahn, 1863, 300 fl.	84¼ G
3% Oesterr. Staatsb. (1.—8. Em.) 28 kr.	62½ G
5% Hessische Ludwigsbahn	104 G
5% Pfälzische Ludwigsb. (Bexbach.)	104 G
6% Central Pacific, rückz. 1898	76 b
6% Pacific Missouri, r. 1888 v. 1868	64⅛ G
6% südl. Pac. Miss. r. 1888 v. 1869	— B
Anlehens-Loose.	
Bayerische 4% Prämien-Anleihe	1— b
4% Bad. Prämien-Loose zu 100 Thlr.	112½ b
Badische 35-fl.-Loose	69¾ G
Braunschweiger 20-Thlr.-Loose.	22⅝ b
Gr. Hessische 50-fl.-Loose	222¼ G
„ 25-fl.-Loose	— B
Kurhessische 40-Thaler-Loose	63¼ G
Ansbach-Gunzenhausener 7-fl.-Loose	15½ G
Oesterr. 4% 250-fl.-Loose von 1854	95 b
„ 5% 500 do. do. 1860	98½ G
„ 100-fl.-Loose do. 1864	159½ G
Schwedische 10-Thaler-Loose	15⅜ G

Finnländer 10-Thlr.-Loose	11 G
Meiningen 7-fl.-Loose	8 b
Wechsel-Cours.	
Amsterdam k. S.	99¾ b
Augsburg „	100 B
Berlin „	104⅞ G
Bremen „	105⅛ B
Brüssel „	94¼ b
Hamburg „	105⅛ B
Leipzig „	105 B
London „	118¾ b
Mailand „	83¾ G
Paris „	94¼ G
Wien „	105⅜ G
Gold und Silber.	
Pistolen	fl. 9. 37—39
Holländ. 10-fl.-St.	„ 9. 45—47
Ducaten	„ 5. 32—34
20-Frankenstücke	„ 9. 25—26
Engl. Sovereigns	„ 11. 51—53
Russ. Imperiales	„ 9. 41—43
Dollars in Gold	„ 2. 25½—26½

Druck und Verlag der Aktiengesellschaft Badenia: L. Großmann, Faktor. Karlsruhe, Adlerstraße 20.